

## **Arbeitsplatzstandort Deutschland - Handlungsfelder und Perspektiven einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik**

**von Eduard Oswald**

Die vergangenen beiden Jahre standen wirtschaftspolitisch betrachtet im Zeichen der größten Krise der Nachkriegsgeschichte. Das Ausmaß der Turbulenzen lässt sich durchaus vergleichen mit der Depression Anfang der 30er Jahre des vergangenen Jahrhunderts. Im Gegensatz zu damals war die Wirtschaftspolitik in den vergangenen Jahren in der Lage, erfolgreich gegen zu steuern.

Im Sommer 2008 wurde die Politik mit den Folgen des Platzens der verbrieften US-Subprime-Hypotheken der USA konfrontiert. Begünstigt durch eine langjährige Niedrigzinspolitik der amerikanischen Notenbank wurde in Verbindung mit einem undurchsichtigen Geschäftsgebaren der großen Rating-Agenturen weltweit ein immenser Wertberichtigungsbedarf im Finanzsektor erforderlich. Er mündete in einen vorher nicht bekannten Vertrauensverlust der Finanzinstitute untereinander. Der Interbankenmarkt drohte auszutrocknen. Panische Reaktionen der Sparer waren nicht mehr auszuschließen. Das wahre Ausmaß der Krise zeigte sich schließlich im Zusammenbruch der amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers. Ein Flächenbrand im Finanzsektor war nicht mehr auszuschließen. Betroffen in Deutschland waren die IndustrieKreditbank (IKB), die Hypo-Real-Estate (HRE) sowie einige Landesbanken.

Die Wirtschaftspolitik sah sich zum Handeln gezwungen. Aufgrund globaler Absprachen wurde in Deutschland das Gesetz zur Konsolidierung des Finanzmarktes verabschiedet, das mit weiteren Novellen später fortentwickelt wurde. Mit staatlichen Garantien gelang es, die Geldmärkte zu stabilisieren. Einigen bedrohten Banken wurde mit staatlichen Kapitaleinlagen unter die Arme gegriffen. Ein Institut musste verstaatlicht werden. Dank der Patronatserklärung der Regierung wurde ein möglicher Ansturm auf private Sparkonten verhindert. Zusammen mit der Bereitstellung ausreichender Liquidität der Notenbank gelang es in relativ kurzer Zeit, die Märkte zu beruhigen und eine drohende Beeinträchtigung der Geld- und Kreditversorgung der Wirtschaft zu verhindern.

Dennoch schlug die Finanzmarktkrise voll auf das produzierende Gewerbe durch. Die Vertrauensverluste veranlassten zahlreiche Investoren weltweit ihre Pläne zu revidieren. Folge war ein weltweiter Rückgang der Nachfrage nach Investitionsgütern. Deutschlands Volkswirtschaft war durch die überaus hohe Exportorientierung in besonderem Maß betroffen. Zwangsläufig führte dies zu einem historisch einmaligen Einbruch des Sozialprodukts 2009 um nahezu 5 Prozent. Angesehene Experten befürchteten noch bis zum Jahresanfang 2010 eine längerfristige Stagnation in Verbindung mit einem Anstieg der Arbeitslosenzahl über die 5-Millionen-Grenze hinaus.

Wiederum wurden aufgrund von Absprachen der Industriestaaten weltweit Maßnahmen zur Bekämpfung der Rezession beschlossen. Deutschland verabschiedete zwei umfangreiche Konjunkturpakete, in deren Mittelpunkt die Erhöhung der öffentlichen Investitionen, die Rückführung der Steuer- und Abgabenbelastung sowie spezielle Maßnahmen wie die Umweltprämie für KfZ standen. Die Maßnahmen zeigten ziemlich schnell Erfolg. Schon im zurückliegenden Jahr schwenkte Deutschlands Wirtschaft wieder auf einen Wachstumskurs. Der reale Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Leistungen lag 2010 bei 3,6 Prozent. Die Erholung nahm ihren Ausgang in einem Wiederanziehen der Exporte. Im Laufe des Jahres zogen auch die privaten Investitionen und schließlich der private Konsum an, womit die Aufwärtsbewegung dem Muster der klassischen Konjunkturerholung entspricht.

Der Arbeitsmarkt erwies sich in Folge früherer Reformen als äußerst widerstandsfähig. Dank moderater Tarifabschlüsse, Vereinbarungen auf betrieblicher Ebene und einer Ausweitung der Kurzarbeitergeld-Regelung gelang es, die Beschäftigung weitgehend stabil zu halten. Im Gegensatz zu allen früheren Wirtschaftseinbrüchen der deutschen Nachkriegsgeschichte konnte ein erneuter Anstieg der sog. Sockelarbeitslosigkeit verhindert werden. Im Gegenteil: im letzten Quartal 2010 waren über 41 Millionen Menschen in Deutschland beschäftigt und damit so viele wie noch nie seit der Wiedervereinigung.

Der Rückgriff auf den Instrumentenkasten des Keynesianismus hatte jedoch einen hohen Preis. Das Wirkenlassen der automatischen Stabilisatoren führte zusammen mit der Bereitstellung von Mitteln zur Stimulierung der Konjunktur zu exorbitant hohen Defiziten in den öffentlichen Haushalten. Die Nettokreditaufnahme im öffentlichen Gesamthaushalt stieg im vergangenen Jahr auf den Rekordwert von 82 Milliarden Euro. Mit einer Defizitquote von 3,3 Prozent wurden die Vorgaben des Europäischen Stabilitätspakts verfehlt. Die Staatsschuldenquote stieg auf über 80 Prozent. Bei einer jährlichen Bruttoverschuldung von mehr als 300 Milliarden Euro muss der deutsche Bundesfinanzminister gut 35 Milliarden pro Jahr für Zinsen aufbringen. In nahezu allen anderen größeren Industriestaaten sieht es noch weit schlimmer aus. Haushaltskonsolidierung wird über Jahre hinweg das Gebot der Stunde bleiben. Die Berliner Regierungskoalition hat hierfür ein auf vier Jahre verteiltes Sparpaket im Volumen von rund 80 Milliarden Euro auf den Weg gebracht. Die vermeintliche Renaissance des Keynesianismus wird damit schnell an ihr Ende gelangt sein.

Überlagert wurde die Krise im Laufe des vergangenen Jahres durch das wachsende Misstrauen der Finanzmärkte gegen einige an der Peripherie gelegene Staaten der Euro-Zone, die durch überaus hohe staatliche Schuldenstände und darüber hinaus durch Leistungsbilanzdefizite und Immobilienblasen gekennzeichnet sind. Um einen wiederum drohenden Flächenbrand im Finanzsektor zu vermeiden, waren Gegenmaßnahmen unumgänglich. Im Falle Griechenlands wurden bilaterale Kredithilfen gewährt. Zur weiteren Stabilisierung des Euro-Systems wurde ein Rettungsschirm gespannt, der durch staatliche Garantien den Zugang der hoch verschuldeten Staaten zu den Finanzmärkten zu vertretbaren Zinsen ermöglicht. Dieser Schirm wird zu einem dauerhaften Stabilitätsmechanismus fortentwickelt und durch

eine Verschärfung des Europäischen Stabilitätspakts und durch Vorgaben zu einer besseren Abstimmung der Wirtschaftspolitik im Euro-Raum ergänzt.

## **Perspektiven**

Insgesamt mehren sich die Anzeichen, die auf eine globale Überwindung des Wirtschaftseinbruchs hindeuten. Schon im zurückliegenden Jahr nahm das Weltsozialprodukt um rund fünf Prozent zu. Noch stärker, nämlich um 12 Prozent, stieg das Welthandelsvolumen. Dies trug entscheidend zur Erholung von Deutschlands Volkswirtschaft bei. Unklar ist, in welchem Umfang die schreckliche Naturkatastrophe Auswirkungen auf die Weltwirtschaft und speziell auf die deutsche Wirtschaft haben wird.

Die führenden Forschungsinstitute haben ihre Prognosen für das Wirtschaftswachstum in Deutschland deutlich angehoben. Im laufenden Jahr erwarten die Experten eine Zunahme des BIP um 2,8 Prozent. Im Herbst 2010 hatten sie nur 2,0 Prozent erwartet. Getragen wird diese Aufwärtsbewegung mittlerweile vorrangig von der Binnennachfrage, insbesondere den privaten Investitionen. Dank einer weiteren Beschäftigungszunahme und spürbaren Lohnerhöhungen wird sich der private Konsum zu einer wichtigen Säule des Aufschwungs entwickeln. Im Jahresdurchschnitt dürfte die Zahl der Arbeitslosen unter der 3-Millionen-Grenze liegen, was einer Arbeitslosenquote von etwa 7 Prozent entspricht. In den meisten Arbeitsregionen Bayerns und Baden-Württembergs rückte das Ziel der Vollbeschäftigung in greifbare Nähe.

Deutschland ist damit wieder die Konjunkturlokomotive der EU. Für den EU-Raum erwarten die Experten ein Wachstum von insgesamt 1,9 Prozent, in der Euro-Zone dürfte die Zunahme mit 1,7 Prozent nur leicht geringer ausfallen. Bei diesen Werten ist zu berücksichtigen, dass die gesamtwirtschaftliche Leistung in jenen Euro-Staaten, die mit harten Konsolidierungsmaßnahmen ihre Staatsschuldenkrise bekämpfen, abnehmen wird.

Dennoch dürfen auch die Risiken nicht verschwiegen werden. Der Umbruch in Nordafrika und dem arabischen Raum hat zu Spannungen auf dem Ölmarkt geführt. In der Spitze stieg der Preis bereits auf weit über 100 Dollar je Fass. Hinzu kommen die schon seit längerem nachhaltig steigenden Preise für Rohstoffe und Lebensmittel. Die daraus resultierenden Gefahren für das allgemeine Preisniveau sind nicht zu unterschätzen. Die Währungshüter stehen vor einer schwierigen Gratwanderung bei ihren Bemühungen, einen Anstieg der Inflationserwartungen zu verhindern, ohne mit der Geldpolitik den weiteren Aufschwung zu gefährden. Noch sind die langfristigen Auswirkungen der Geschehnisse in Japan schwer einzuschätzen.

## **Herausforderungen**

Die aktuelle Bestandsaufnahme gibt Anlass zu einem begründeten Optimismus. Deutschland wird, wie von der Politik angestrebt, gestärkt aus der Krise hervorgehen. Doch es wäre fatal, wollte man die überaus positiven Wirtschaftsdaten und die Zuversicht ausstrahlenden Stimmungsindikatoren bezüglich der Erwartungen der Verbraucher und Investoren zum Anlass nehmen, um wirtschaftspolitisch die Hände in den Schoß zu legen und den Dingen ihren Lauf zu lassen. Die Verantwortlichen in Deutschland sind im Gegenteil gut beraten, den Blick wieder gezielt auf jene Herausforderungen zu lenken, die sich schon vor Ausbruch der Krise abgezeichnet haben.

Insgesamt sind es drei Themen, die in den kommenden Jahren ganz oben auf der politischen Agenda stehen: Die Energie- und Klimaherausforderungen, die anhaltende Globalisierung und der demographische Wandel.

## **Demographischer Wandel**

Die erfreuliche Meldung lautet: die Menschen werden älter. Aber dies wirft in allen Industriestaaten mittel- und längerfristig erhebliche Probleme auf.

Das sog. Median-Alter, das die Bevölkerung altersmäßig in zwei Gruppen teilt, liegt zurzeit bei rund 40 Jahren. Es wird bis 2035 auf rund 50 Jahre ansteigen. Dann sind über 50 Prozent der Deutschen älter als 50 Jahre. Dank des medizinischen Fortschritts, der gesünderen Ernährung und des Rückgangs der körperlichen Belastung steigt die durchschnittliche Lebenserwartung alle 10 Jahre um 1 Jahr. Gleichzeitig wird diese Entwicklung von einer schwachen Geburtenrate begleitet, die insgesamt zu einem Rückgang der Bevölkerung führen wird. Die Folgen liegen auf der Hand. Immer weniger sozialversicherungspflichtig Beschäftigte müssen für immer mehr Rentner aufkommen. Die Belastung verschärft sich dadurch, dass bei unverändertem Rentenzutrittsalter die Rentenbezugsdauer zunimmt.

Diese Änderungen im Altersaufbau der Bevölkerung haben weitreichende Folgen. Infolge der niedrigen Geburtenrate nimmt das Angebot an Arbeitskräften tendenziell ab. Die Deckung des Arbeitskräftebedarfs erfordert vor allem eine stärkere Mobilisierung des Potentials an älteren Arbeitskräften, wozu auch eine vertretbare Verlängerung der Lebensarbeitszeit gehört. Hier können auch veränderte und an die Lebenssituation angepasste Arbeitsmodelle eine stärkere Rolle spielen. Mit der vollständigen Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der EU eröffnet sich eine weitere Möglichkeit, Deutschlands Arbeitskräftebedarf mittelfristig zu decken. Wer dieses Problem nur über Zuwanderung lösen will, der erkennt die Grenzen, die sich aus den Sprachbarrieren und der Integrationsfähigkeit einer Gesellschaft ergeben. Im Gegensatz zu Staaten wie den USA, Kanada oder Australien verstand sich Deutschland niemals als „melting pot“.

Eine mittelfristig schrumpfende Bevölkerung dämpft das Wachstum. Eine rückläufige Erwerbsbevölkerung ist stets mit einem Rückgang des Potentialwachstums verbunden. Ändern wird sich auch die Struktur der Binnennachfrage. Die höhere Lebenserwartung wird vor allem die Nachfrage nach medizinischen Leistungen, nach Reisen und Sport wie auch nach Bildung und Kultur erhöhen.

Die Änderung des Altersaufbaus der Bevölkerung wirft darüber hinaus erhebliche finanzielle Probleme auf. Ältere Menschen haben einen höheren Bedarf an Gesundheits- und Pflegeleistungen. Hinzu kommt der medizinische Fortschritt. Längerfristig sind deshalb steigende Versicherungsbeiträge ebenso wenig auszuschließen wie höhere Eigenleistungen der Versicherten.

Nimmt die Zahl der Rentenbezugsjahre zu, dann muss dies finanziert werden. Ohne eine Verschiebung des Rentenzugangsalters nach oben wären weiter steigende Versicherungsbeiträge unumgänglich. Dies kann aber der jüngeren Generation nicht zugemutet werden, da sie ohnehin durch den Aufbau einer privaten Altersvorsorge zusätzlich belastet ist. Weitere steigende Bundeszuschüsse an die Rentenversicherung sind ebenfalls nicht verantwortbar, da schon heute mit rund 80 Milliarden etwa ein Drittel der Rentenausgaben aus Steuermitteln finanziert werden. Deshalb gibt es zu dem von der Großen Koalition verabschiedeten Konzept der Rente 67 keine verantwortbare Alternative.

## **Globalisierung**

Während die Folgen des demographischen Wandels erst längerfristig voll durchschlagen, sind die Herausforderungen der Globalisierung offenkundig. Globalisierung ist längst zu einem Schlagwort verkommen. Der Begriff nimmt mittlerweile bei vielen kritisch eingestellten Menschen die Funktion eines Sündenbocks ein, der für alle Fehlentwicklungen herhalten muss.

Globalisierung meint vereinfacht ausgedrückt die Zunahme der weltweiten Zusammenarbeit und wechselseitigen Abhängigkeiten im politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereich. So verstandene Globalisierung gibt es mindestens seit dem Ende des 19. Jahrhunderts. Die Globalisierung hat viele Gesichter. Die Großmächte betreiben Weltpolitik. Wissenschaft und Medien sind längst weltweit verflochten. Und die großen Volkskirchen verstehen sich als Institutionen mit globalen Ansprüchen.

Globalisierung im engeren Sinne betrifft den Bereich der Wirtschaft. Gemeint ist damit eine Zunahme der weltwirtschaftlichen Verflechtung im Bereich des Außenhandels und der Direktinvestitionen. War früher von der Nationalökonomie die Rede, so orientieren sich heute die wirtschaftlichen Akteure zunehmend an europäischen bzw. an Weltmärkten. Aus den sog. Multinationalen Unternehmen sind längst Weltkonzerne geworden, die in nahezu allen Regionen der Welt Produktionsstätten und Vertriebsstützpunkte unterhalten. Neben den Güter- und Finanzmärkten weist auch der Arbeitsmarkt in einigen speziellen Bereichen Merkmale der Globalisierung auf. Dies gilt beispielsweise für Lehre und Forschung aber genauso

für Unterhaltung, Kultur oder den Sport, wenn man sich beispielsweise die geographische Herkunft der Fußballprofis in der Bundesliga vor Augen führt.

Schon um 1900 wies die Wirtschaft eine große internationale Verflechtung auf, die aber durch die beiden Weltkriege und die anschließende Abschottung der Länder mit sozialistischen Planwirtschaften unterbrochen wurde.

Die wachsende Verflechtung lässt sich ablesen an der Zunahme des Welthandels. Von 1950 bis heute nahm das Volumen des Welthandels um jährlich gut 6 Prozent zu und damit deutlich mehr als die Weltproduktion. Von wenigen Ausnahmen abgesehen waren die jährlichen Zuwachsraten des Welthandels seit 1990 fast immer doppelt so hoch wie die Zunahme des Weltsozialprodukts. Volkswirtschaftliche Grundlage der wachsenden Verflechtung bildet die Nutzung des Systems der komparativen Kostenvorteile.

Einen entscheidenden Schub erhielt die ökonomische Globalisierung in den 90er Jahren. Durch die Öffnung des früheren Ostblocks und Chinas wurden rund 2 Milliarden Menschen in die liberale Weltwirtschaftsordnung integriert. Zwei weitere Faktoren verstärkten diesen Schub. Der unaufhaltsame Vormarsch der neuen Kommunikationstechniken ermöglichte es, Wertschöpfungsketten zu zerlegen und einzelne Produktionsschritte auf verschiedene Regionen unseres Globus zu verteilen. Hinzu kam schließlich ein exorbitanter Rückgang der internationalen Frachtraten mit der Folge, dass der Transport von Waren auf riesigen Containerschiffen von einem Kontinent zum anderen nicht mehr teurer ist als der Transport im Inland.

Die Auswirkungen der Globalisierung sind beträchtlich. Sie halten bis heute an. Die Wettbewerbsintensität zwischen den verschiedenen Wirtschaftsräumen nimmt erheblich zu. Gleichzeitig kommt es zu einer spürbaren Verschiebung der internationalen Wirtschaftsgewichte. In ein bis zwei Dekaden wird China die USA als größte Wirtschaftsmacht der Welt abgelöst haben. Ebenso wird das wirtschaftliche Gewicht großer Schwellenländer, wie z.B. Indien oder Brasilien zunehmen. Ein Spiegelbild dieser Gewichtsverschiebung ist eine neue Wohlstandsverteilung, wobei sich der Lebensstandard in den aufstrebenden Wirtschaftsmächten zunehmend dem der alten Industrieländer annähern wird. Nicht zu vergessen sind die Auswirkungen auf die internationale Währungsordnung. Zwar wird der US-Dollar auf absehbare Zeit seine dominierende Rolle als Handels- und Reservewährung gefolgt vom Euro verteidigen. Doch wird der chinesische Renminbi eine immer größere Rolle spielen.

Im Hinblick auf die komparativen Kostenvorteile sind selbstverständlich die Lohnkosten der entscheidende Faktor. Daraus folgt, dass die westlichen Industriestaaten ihren Wohlstand relativ und absolut nur verteidigen können, indem sie qualitativ bessere und technologisch hochwertigere Produkte anbieten, um im Wettbewerb auf den Weltmärkten bestehen zu können. Bislang steht Deutschlands Volkswirtschaft auf der Seite der Gewinner der Globalisierung. Trotz des Vordringens der Chinesen können wir uns mit dem Titel eines Vize-Exportweltmeisters schmücken. Dass wir auch Vize-Importweltmeister sind, verdeutlicht das Ausmaß, in dem unsere Wirtschaft global verflochten ist.

Wer glaubt, sich der ökonomischen Globalisierung durch Abschottung in Form von Handelsbarrieren, Kapitalverkehrskontrollen und ähnlichen protektionistischen Instrumentarien entziehen zu sollen, müsste dafür einen hohen Preis bezahlen. Die Entwicklung des realen Sozialismus in Osteuropa hat dies jedermann sichtbar gemacht. Nach rund 50 Jahren Abschottung von den Weltmärkten lag die Produktivität der planwirtschaftlichen Systeme bei weniger als 30 Prozent des westlichen Niveaus. Entsprechend groß war der materielle Wohlstandsrückstand. Die Infrastruktur war weitgehend zerrüttet. Und der Umweltschutz blieb bis zur Öffnung des Eisernen Vorhangs im Osten ein Fremdwort. Nachdem diese Staaten zunehmend von ihrem Bestand lebten, war der gesamtwirtschaftliche Bankrott am Ende des 20. Jahrhunderts nicht mehr zu vermeiden.

Globalisierung ist zwangsläufig mit einem weltweiten Wettbewerb der Produktionsstandorte verbunden. Dieser Standortwettbewerb braucht keineswegs in eine Art Manchester-Kapitalismus auszuarten. Es liegt vielmehr nahe, im Zeitalter der ökonomischen Globalisierung auch globale Rahmenbedingungen aufgrund internationaler Absprachen und Zusammenarbeit zu schaffen. Wichtige Grundlagen hierfür bilden das Regelwerk der Welthandelsorganisation (WTO) und das Regelwerk des Baseler Bankenausschusses, das infolge der Finanzmarktkrise verschärft wird. Zu denken ist aber auch an eine Zusammenarbeit der Wettbewerbsbehörden zwecks Überwachung grenzüberschreitender Fusionen und zwecks Verhinderung weltweiter Monopole.

Das Vertragswerk von Maastricht war u.a. auch eine Antwort der Europäer auf die sich abzeichnende ökonomische Globalisierung. Der einheitliche Binnenmarkt mit der Gemeinschaftswährung als monetärem Dach bildet ein Gegengewicht zu den großen Märkten in Nordamerika und Fernost. Durch die Osterweiterung der Europäischen Union umfasst dieser Markt mittlerweile rund 500 Millionen Verbraucher.

Maastricht als solches ist jedoch kein Garant zur Sicherstellung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der EU-Mitglieder. Dies ist vielmehr ureigenste Aufgabe der einzelnen Mitgliedsländer selbst. Es liegt jedoch auf der Hand, die Bemühungen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit auf der Ebene der Gemeinschaft zu koordinieren. Die sog. Lissabon-Strategie war dabei - wenn auch nicht sehr erfolgreich - ein erster Schritt. Mit dem sich abzeichnenden Euro-Plus-Pakt unternimmt die Union einen neuen Anlauf. Im Mittelpunkt stehen dabei die Förderung der Beschäftigung, die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Forschung und Entwicklung, die Klimaschutz- und Energieziele sowie die Verbesserung des Bildungsniveaus.

## Standortbilanz

Im Hinblick auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit hat Deutschland allen Grund zum Optimismus. Made in Germany genießt nach wie vor einen weltweit guten Ruf. Deutschland steuert über 25 Prozent zur Wirtschaftsleistung der EU bei. Nach der Beseitigung des Eisernen Vorhangs haben deutsche Unternehmen die neuen Chancen in Mittel- und Osteuropa genau so genutzt wie nach der Öffnung der Grenzen in China. In wichtigen Wirtschaftssektoren – wie z.B. im Maschinenbau, der chemischen Industrie oder der Automobilproduktion – sind deutsche Unternehmen stark auf den Weltmärkten vertreten. Ergebnis dieser Bemühungen war eine bis nahe an die 50-Prozent-Marke steigende Exportquote und damit verbunden überaus hohe Exportüberschüsse. Allzu hohe Überschüsse sind jedoch längerfristig nicht immer empfehlenswert, da ihnen bekanntlich Kapitalexporte in gleicher Höhe gegenüber stehen. Stark exportabhängige Staaten sind darüber hinaus in erheblichem Maße konjunkturanfällig, wenn es auf den Weltmärkten zu Einbrüchen kommt.

In vielen Teilen der Welt wird Deutschlands Wirtschaft um ihre Stärken bewundert. Dank der hohen politischen und sozialen Stabilität ist unser Land ein beliebter Standort für ausländische Investoren. Rückgrat unserer Wirtschaft bildet eine ausgewogene Wirtschaftsstruktur mit einem hohen Anteil mittelständischer Unternehmen, die in speziellen Märkten die weltweite Marktführerschaft übernommen haben. Die Qualifikation und die Leistungsbereitschaft deutscher Arbeitnehmer gelten nach wie vor als vorbildlich. Verdienen diese Faktoren durchaus die Note gut, so kann dies für die Bereiche der Infrastruktur-Ausstattung einerseits und für das Bildungs- und Forschungsniveau andererseits nur bedingt gesagt werden.

Den Stärken des deutschen Wirtschaftsstandorts stehen auch unverkennbare Schwächen gegenüber. Zwar haben verantwortungsvolle Lohnabschlüsse das Kostenniveau der deutschen Wirtschaft im vergangenen Jahrzehnt gestärkt, doch müssen dem die überaus hohen Lohnzusatzkosten und die im internationalen Vergleich sehr geringen Arbeitszeiten gegenüber gestellt werden. Gesamtwirtschaftlich leistet sich Deutschland mit einem Anteil aller öffentlichen und privaten Sozialleistungen am Sozialprodukt von deutlich über 30 Prozent einen überaus teuren Sozialstaat. Dem steht zwangsläufig eine recht hohe Belastung mit Steuern und vor allem mit Sozialabgaben gegenüber. Trotz des vergleichsweise hohen Qualifikationsniveaus ist ein Arbeitskräftemangel bei Ingenieuren nicht mehr zu übersehen. Schließlich ist auch die wachsende Technikfeindlichkeit eines Teils unserer Bevölkerung ein Alarmzeichen, das sich z.B. in der Ablehnung von investiven Großvorhaben, wie dem Bau von Verkehrs- und Stromtrassen zeigt. Deutschlands Wirtschaft verfügt über keine nennenswerten heimischen Rohstoffvorräte und ist deshalb auf eine Spitzenstellung in Naturwissenschaft und Technik – also auf das sog. Humankapital - angewiesen.

Wirtschaftspolitisches Gebot der Stunde ist es deshalb, erkennbare Schwachstellen zu beseitigen, vorhandene Stärken auszubauen und die Standortbilanz in den schwarzen Zahlen zu halten. Oder einfacher ausgedrückt: wir müssen mit Mut und Augenmaß unsere Hausaufgaben erledigen, damit wir auch künftig in der ersten Liga spielen und den kommenden Generationen ein hohes Maß an Wohlstand und sozialer Sicherheit garantieren können.

### **Klimaschutz und Energieversorgung**

Die Gewährleistung einer sicheren, umweltverträglichen, bezahlbaren und mit sozialer Akzeptanz verbundenen Energieversorgung wird eines der wichtigsten globalen Themen dieses Jahrhunderts sein. Nicht erst seit den dramatischen Entwicklungen in Japan ist klar, dass das deutsche Energiesystem umgebaut werden muss.

Die Regierungskoalition hat sich auf mittelfristige Zielwerte festgelegt. Bis 2020 sollen die Treibhausgas-Emissionen um 40 Prozent gegenüber 1990 reduziert werden. Im gleichen Zeitraum soll der Anteil der Erneuerbaren Energien am Gesamtverbrauch auf 18 Prozent zunehmen. Beim Primärenergieverbrauch wird bis 2020 eine Reduzierung um 20 Prozent angestrebt.

Die Regierungskoalition hat hierzu ein „Energiekonzept für eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung“ erarbeitet. Dieses Konzept darf nicht als Plansoll-Vorgabe im Sinne der gescheiterten sozialistischen Planwirtschaft missverstanden werden. Es handelt sich vielmehr um eine Projektion, deren Eckpunkte ehrgeizig sind. Die Einhaltung der Eckwerte hängt maßgeblich von der weiteren technologischen Entwicklung ab. Diese lässt sich weder vorhersagen noch planen.

Die Förderung der Erneuerbaren Energien wird Schritt für Schritt zurückgeführt. Eine Überförderung insbesondere der Solarstromtechnologie war nicht zu verantworten. Zusätzliche Stromkostenbelastungen in Milliardenhöhe müssten vor allem vom privaten Stromverbraucher und von den stromintensiven Wirtschaftssektoren getragen werden. Es kann jedoch nicht im Interesse des Wirtschaftsstandortes Deutschland liegen, energieintensive Wirtschaftszweige im internationalen Wettbewerb zu benachteiligen und außer Landes zu treiben. Deutschland kann alleine die globalen Klimaschutzprobleme nicht lösen. Deshalb muss bei allen Maßnahmen die Belastbarkeit der Bürger und Betriebe in Rechnung gestellt werden.

Unbestritten müssen wir sehr große Anstrengungen unternehmen, um den Ausbau der Erneuerbaren Energien noch weiter und vor allem schneller voranzutreiben. Durch das Energiekonzept wurden überaus ehrgeizige Ziele festgelegt. Der größte Handlungsbedarf besteht fraglos in den Bereichen Verkehr und Gebäudesanierung. Etwa 40 Prozent des Energieverbrauches entfallen auf Gebäude und rund 20 Prozent auf den Verkehr. Um das Ziel des Voranbringens der erneuerbaren Energien zu erreichen ist modernes und leistungsfähiges Stromnetz die entscheidende Voraussetzung. Durch den dynamischen Ausbau der erneuerbaren Energien, wie etwa Windkraftanlagen im Norden Deutschlands kommt es zu steigenden Stromeinspeisungen. Da unser bestehendes Netz bereits jetzt an seine Leistungsgrenze stößt, können wir uns das bisherige Tempo beim Netzausbau nicht mehr erlauben. Bis zum Jahr 2020 bis 2025 müssen zur Gewährleistung unserer Versorgungssicherheit

rund 4.500 Kilometer neue Hochspannungsleitungen verlegt werden. Die Kosten hängen von vielen Faktoren ab, so unter anderem von der Höhe des Anteils der Erdverkabelung und der Zeitdauer der Genehmigungsverfahren und der Realisierung. Unsere heute verfügbaren Speichertechnologien können lediglich für einige Stunden Ausgleichsenergie bereitstellen. Technologien, um eine mehrtägige Windflaute ausgleichen zu können, stehen überhaupt noch nicht zur Verfügung. Deswegen muss die Nachfrage nach Strom so weit als möglich mit dem unsteten Angebot austariert werden. Der Ausbau unseres Netzes ist stets auch abhängig von der Akzeptanz in der Bevölkerung.

## **Haushaltspolitik**

Aufgabe Nummer Eins ist die konsequente Sanierung der öffentlichen Haushalte. Mit dem Sparpaket wurden die Weichen zur Erfüllung der Vorgaben der Schuldenbremse des Grundgesetzes gestellt. Die positive Wirtschaftsentwicklung erleichtert die Rückführung des öffentlichen Defizits. Nach einer Neuverschuldungsquote von 3,3 Prozent des BIP im vergangenen Jahr wird Deutschland schon im laufenden Jahr wieder den im Europäischen Stabilitätspakt festgelegten Grenzwert von 3 Prozent deutlich unterschreiten. Haushaltskonsolidierung ist kein Selbstzweck. Solide Staatsfinanzen sind vielmehr die Grundlage für ein spannungsfreies Wirtschaftswachstum, entscheidende Voraussetzung für eine stabilitätsorientierte Geldpolitik der Notenbank und ein Schutzschild gegen eine finanzielle Überforderung kommender Generationen. Nur durch eine konsequente Konsolidierungspolitik können jene haushaltspolitischen Spielräume geschaffen werden, die wir für gezielte Steuerreformen und für den Ausbau unserer Infrastruktur benötigen.

Die quantitative Haushaltskonsolidierung muss im Rahmen des Möglichen durch eine qualitative Konsolidierung ergänzt werden. D.h.: Begrenzung des Anstiegs konsumtiver Staatsausgaben bei gleichzeitiger Verstetigung und wenn möglich Erhöhung investiver Ausgaben. Besonderer Schwerpunkt bilden dabei die Investitionen in das Verkehrsnetz, wobei der steigende Bedarf an Instandsetzungsmaßnahmen der Inangriffnahme neuer Projekte zunehmend Grenze setzt.

## **Steuerpolitik**

Die Reform der Unternehmensbesteuerung durch die Große Koalition war ein entscheidender Schritt zur Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen für den Wirtschaftsstandort Deutschland und zur Wahrung der steuerlichen „Waffengleichheit“ zwischen Kapitalgesellschaften und Personenunternehmen. In gleicher Weise trägt die Reform der Erbschaftssteuer zur dringend notwendigen Erleichterung der Betriebsübergabe von einer Generation zur anderen bei. Beide Reformvorhaben wurden im Rahmen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes gezielt ergänzt, in dem die Belastung durch die Zinsschranke gemildert, die Hinzurechnungsvorschriften bei der Gewerbesteuer gelockert und die Regelungen im Erbschaftssteuerrecht flexibilisiert wurden.

Sobald sich ausreichende Spielräume im Haushalt ergeben, stehen weitere gezielte Reformen auf der Tagesordnung. Dies gilt für die nach wie vor umstrittene Zinsschranke bei der Unternehmensbesteuerung sowie die ertragsunabhängigen Elemente der Gewerbesteuer.

Es wird wohl auf absehbare Zeit zu keiner grundlegenden Reform der Gewerbesteuer mit dem Ziel einer Verstetigung der kommunalen Einnahmen kommen. Die Abschaffung der Gewerbesteuer und deren Substitution durch einen kommunalen Zuschlag zu Einkommens- bzw. Körperschaftssteuer wäre in der Tat mit erheblichen Problemen verbunden. Deshalb war es richtig, der Finanznot der Gemeinden durch Entlastungen auf der Ausgabenseite zu begegnen. Die schrittweise Übernahme der Finanzierung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ist ein entscheidender Schritt in die richtige Richtung.

Größere haushaltspolitische Spielräume wären zur Durchsetzung einer echten Reform des Steuertarifs erforderlich. Infolge der sog. kalten Progression wachsen immer mehr Beschäftigte in höhere Progressionsstufen, ohne dass dem reale Einkommenssteigerungen gegenüber stehen. Noch gravierender wirkt sich der Tarifknick - auch Mittelstandsbauch genannt - aus. Ein durchgehend linear-progressiver Tarif führt jedoch zu spürbaren Steuermindereinnahmen. Im Mittelpunkt einer Tarifreform muss eine Entlastung der Bezieher kleinerer und mittlerer Einkommen stehen. Die Haushaltskonsolidierung hat jedoch klaren Vorrang.

Schließlich bleibt auch eine Reform der Umsatzbesteuerung auf der politischen Tagesordnung. Die teilweise willkürlich anmutenden Differenzen des ermäßigten und des vollen Mehrwertsteuersatzes sind ein echtes Ärgernis. Allerdings wird es bei solchen Reform nicht nur Gewinner, sondern auch Verlierer geben.

### **Bildung und Forschung**

Ganz oben auf der politischen Agenda stehen die Bereiche Bildung und Forschung. Im Zeitraum 2010 bis 2013 werden hierfür die Ausgaben um insgesamt 12 Milliarden Euro erhöht. Die Hälfte kommt dabei der Förderung der Bildung zugute. Die Ergebnisse der PISA-Studie haben den Handlungsbedarf unterstrichen. Ein fundierte Bildung und Ausbildung ist die beste Eintrittskarte auf dem Arbeitsmarkt und ein wirksamer Schutz gegen Arbeitslosigkeit. Unterstützung bedürfen insbesondere die Kinder sog. bildungsferner Schichten. Darüber hinaus muss auch der Ausbau der Hochschulen vorangetrieben werden.

Die andere Hälfte hiervon wird gezielt für Maßnahmen zur Wachstums- und Innovationsförderung eingesetzt. Hiervon gehen auch Beschäftigungsimpulse aus. Besonders bedeutsam sind Zukunftsprojekte, die Deutschlands Spitzenstellung als High-Tech-Standort sichern. Angesichts der klima- und energiepolitischen Herausforderungen kommt dabei dem Projekt der Elektromobilität eine entscheidende Bedeutung zu. Darüber hinaus werden die Mittel für die institutionellen Forschungsgesellschaften spürbar erhöht. Bund und Länder müssen zusammen mit der privaten Wirtschaft alles tun, um den Anteil der Forschungs- und

Entwicklungsaufgaben am BIP auf 3 Prozent zu steigern. Entscheidend für Deutschlands wirtschaftliche Zukunft ist die Mobilisierung und Förderung der Innovationskraft. Insbesondere gilt es, das Innovationspotential des Mittelstandes zu mobilisieren. Mit dem Zentralen Innovationsprogramm Mittelstand, der Förderinitiative KMU-innovativ, dem Spitzencluster-Wettbewerb und den Innovationsgutscheinen hat die Regierungskoalition neue Wege beschritten. Geeigneter Ansatzpunkt zur Mobilisierung der Forschungspotentiale im Mittelstand bildet das Instrument der steuerlichen Förderung. Dies setzt einerseits eine klare Abgrenzung zur traditionellen Projektförderung voraus und macht andererseits nur Sinn, wenn ein solches Vorhaben haushaltspolitisch machbar ist.

Die Förderung neuer Technologien muss ergänzt werden durch eine gezielte Fortentwicklung der Instrumente zur Existenzgründungsförderung. Hierbei muss auch geprüft werden, inwieweit es möglich ist, zusätzliche Anreize zur Nutzung privaten Wagniskapitals zu schaffen. Die Förderung des Aufbaus junger Unternehmen schafft Arbeitsplätze und ist ordnungspolitisch vertretbar im Hinblick auf die Stärkung einer ausgewogenen Wirtschaftsstruktur.

### **Information und Kommunikation**

Eng damit zusammen hängt der weitere Ausbau der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT). Die Nutzung von IKT wird zu einem entscheidenden Faktor der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Die Bundesregierung hat diese Fragen mit der IKT-Strategie Deutschland und den jährlichen IT-Gipfeln ganz oben auf die wirtschaftspolitische Agenda gesetzt. Die Entwicklung neuer Dienste, so vor allem Cloud Computing, erfordert eine gut ausgebildete IKT-Infrastruktur in Form von Breitbandnetzen. Besondere Bedeutung gewinnt dies im ländlichen Raum. Ein wesentliches Fundament für nachhaltiges Wachstum sind leistungsfähige Breitbandnetze zum schnellen Informations- und Wissensaustausch. Eine hochwertige Breitbandinfrastruktur ist ein wichtiger Standortfaktor für die Ansiedlung von Unternehmen und Familien und ist daher wichtig, um Arbeitsplätze zu sichern und die Ertragskraft und Attraktivität gerade auch ländlicher Räume zu steigern. Hier besteht noch Ausbaubedarf, da ländliche und schwächer strukturierte Räume ohne eine befriedigende, leitungsgebundene Breitbandstruktur erhebliche Wettbewerbsnachteile hinnehmen müssen. Mobile Breitbandverbindungen sind allenfalls als Übergangslösungen hinnehmbar. Mit den investierenden Unternehmen müssen tragfähige Wege für eine flächendeckende Netzinfrastruktur ausgelotet werden. Dabei gilt es insbesondere, schon vorhandene Kabelkanäle und Rohrleitungen zu nutzen. Wenn marktwirtschaftliche Anreize nicht ausreichen, dürfen Universaldienstverpflichtungen nicht länger ausgeschlossen werden. .

## Arbeitsmarkt

Ein angemessenes und stetiges Wirtschaftswachstum ist die beste Grundlage für einen hohen Beschäftigungsstand. Die beste Arbeitsmarktpolitik besteht deshalb darin, wachstumsfördernde Rahmenbedingungen zu schaffen. Demgegenüber kommt den sog. Arbeitsförderungsmaßnahmen nur ergänzender Charakter zu. Die langjährige Erfahrung zeigt, dass sich der beschäftigungspolitische Erfolg solcher Maßnahmen in engen Grenzen hält und vorrangig der Schönung der statistischen Arbeitsmarktbilanz dient.

Den entscheidenden Beitrag zum deutschen „Beschäftigungswunder“ haben in den vergangenen Jahren vor allem die Tarifpartner mit verantwortungsbewussten Lohnabschlüssen und vor Ort mit flexiblen Beschäftigungsvereinbarungen geleistet. Alle empirischen Erfahrungen bestätigen einen engen Zusammenhang zwischen Lohnhöhe und Beschäftigung. Lohnabschlüsse, die über den Produktivitätsfortschritt hinausgehen, haben zwangsläufig negative Auswirkungen auf die Beschäftigungsentwicklung. Die zu geringe Wettbewerbsfähigkeit einiger Randstaaten der Euro-Zone ist maßgeblich auf lohnpolitische Fehlentwicklungen zurückzuführen.

Die Tarifautonomie ist ein zentraler Pfeiler der Sozialen Marktwirtschaft. Deutschland ist in der Nachkriegsgeschichte mit dem weitgehenden Verzicht auf staatliche Eingriffe in die Lohnfindung gut gefahren. Deshalb ist ein einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn nicht empfehlenswert. Die Festlegung der Einstiegslohne in den einzelnen Wirtschaftssektoren ist primär Aufgabe der Tarifpartner. Wenn durch die vollständige Öffnung der Grenzen in der EU auch für Arbeitnehmer Dumping und soziale Verwerfungen drohen, muss dem über das Entsendegesetz entgegen gewirkt werden.

Die Lohnzusatzkosten sind längst zu einem Faktor der Wettbewerbsfähigkeit geworden. Die Wirtschaftspolitik muss deshalb alles unternehmen, um die gesetzlichen Lohnnebenkosten möglichst zu stabilisieren. Im Hinblick auf die Ausgabenentwicklung im Gesundheitsbereich war es richtig, den Arbeitgeberbeitrag festzuschreiben.

Ebenso wichtig ist und bleibt die Wahrung des Lohnabstandsgebots. Gerade für Problemgruppen des Arbeitsmarktes ist ein spürbarer Abstand zwischen Lohnersatzleistungen und Lohneinkommen entscheidend, weil ansonsten die Anreize zur Aufnahme einer Beschäftigung schwinden.

Für Problemgruppen steht den Arbeitsagenturen ein breites arbeitsmarktpolitisches Instrumentarium zur Verfügung. Da es kaum noch überschaubar ist, gilt es, die Zahl der Instrumente zu straffen und zu reduzieren. Darüber hinaus müssen die Entscheidungsspielräume der Arbeitsagenturen vor Ort erhöht werden, da diese wesentlich besser wissen, wo die Probleme ihrer Kunden liegen und welche Instrumente Erfolg versprechen.

## **Der Mittelstand - Rückgrat der deutschen Wirtschaft**

Die gesellschaftliche Stabilität der Bundesrepublik Deutschland beruht zu einem großen Teil auf starken Mittelschichten - Facharbeiter und Leitende Angestellte, Freiberufler und selbständige Unternehmer.

Nationale und europäische Marktführer sind gewiss erfreulich. Doch lebt unsere Wirtschaft ganz entscheidend von den über 90 Prozent unserer Unternehmen, die von Eigentümer-Familien geführt werden. Sie haben sich in den vergangenen Jahrzehnten mit großen strukturellen Umbrüchen als der eigentliche Wachstums- und Beschäftigungsmotor erwiesen. Gerade in Zeiten der Krise haben sie ihre Anpassungsfähigkeit erfolgreich demonstriert. Sie zeichnen sich im Regelfall durch eine gute Partnerschaft zwischen Mitarbeitern und Geschäftsführung aus. Ihre Innovationskraft schlägt sich in ihren wachsenden Exporterfolgen in Zeiten der Globalisierung nieder.

Auch heute gilt, was Ludwig Erhard in den 50er Jahren festgestellt hat: eine gute und erfolgreiche Wirtschaftspolitik ist zugleich die beste Mittelstandspolitik.

Dennoch ist es ordnungspolitisch vertretbar, kleinere und mittlere Unternehmen gezielt zu fördern im Sinne eines Nachteils-Ausgleich gegenüber den finanzstarken Großunternehmen. Die Wirtschaftsministerien des Bundes und der Länder haben hierzu mit Erfolg zahlreiche Programme, z.B. zur Technologieförderung oder zur Erschließung von Auslandsmärkten, aufgelegt. Dieses Instrumentarium muss regelmäßig überprüft und an neue Herausforderungen angepasst werden.

Familienunternehmen sind nicht nur das viel zitierte Rückgrat unserer Marktwirtschaft, sondern zugleich das Fundament einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung. Sie demonstrieren die gelungene Verbindung von Freiheit und Selbstverantwortung.

## **Ordnungspolitik**

Nach der größten Finanz- und Wirtschaftskrise ist alles nicht mehr so, wie es vorher war. Dennoch wäre es völlig falsch, die Krise zum Anlass für neue ordnungspolitische Experimente zu nehmen. Die Krise ist nicht auf ein Versagen unseres Wirtschaftssystems, sondern im Gegenteil auf ein Fehlverhalten der wirtschaftlichen Eliten des Finanzsektors zurückzuführen. Die Soziale Marktwirtschaft hat sich – auch in der Krise – bewährt. Sie muss auch in Zukunft die ordnungspolitischen Leitplanken bieten.

Allerdings hat die Krise in Einzelbereichen ordnungspolitische Schwachstellen offen gelegt. Nationale und grenzüberschreitende Märkte wie der EU-Binnenmarkt funktionieren, weil sie in einen für alle Marktteilnehmer gültigen Rahmen eingebettet sind und weil für alle Akteure die gleichen verbindlichen Spielregeln gelten. Den globalen Finanzmärkten fehlte bislang ein entsprechender Rahmen. Deshalb war es wichtig, dass sich die Staats- und Regierungschefs der G20 auf mehreren Gipfeltreffen

auf eine internationale Finanzordnung geeinigt haben. Die Stärkung des IWF, die Ausweitung der staatlichen Überwachung und die Eigenkapitalvorschriften in Basel III sind Schritte in die richtige Richtung. Sie sollten im handelspolitischen Bereich durch die Fortentwicklung des Regelwerks der Welthandelsordnung ergänzt werden.

Wenn die globale Finanzmarktkrise auch auf ordnungspolitische Schwachstellen zurückzuführen ist, dann müsste dies als Signal für eine Renaissance der Ordnungstheorie verstanden werden. Viele Experten weisen darauf hin, dass die grundlegenden ordnungspolitischen Fragen, die in den Anfängen der Nachkriegsgeschichte Hochkonjunktur hatte, in den zurückliegenden Jahrzehnten zum Stiefkind der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten geworden sind. Es wäre deshalb wünschenswert, wenn sich die Nationalökonomien in Zukunft wieder verstärkt der Frage nach effizienten ordnungspolitischen Rahmenbedingungen in einem einheitlichen europäischen Markt und in einer wirtschaftlich globalisierten Welt zuwenden würden.

Eduard Oswald, MdB

---

Eduard Oswald ist Vizepräsident des Deutschen Bundestages und war zuletzt Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie. In der vorherigen Wahlperiode war er Vorsitzender des Finanzausschusses.